

Martin Habersaat:

Zukunft zu verkaufen

Zu den Erklärungen von Wissenschaftsminister de Jager in der heutigen Sitzung des Bildungsausschusses sagt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die Landesregierung will sich aus ihren Verpflichtungen aus dem Hochschulpakt II zurückziehen, der die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Schaffung von bundesweit 275.000 neuen Studienplätze regelt, und Kontingente an Studienplätzen an andere Bundesländer verkaufen. Das ist laut HSP II möglich. Schleswig-Holstein wäre damit der erste Flächenstaat, der sich vom Ziel, mehr Studienplätze zu schaffen, verabschiedet.

In die gleiche Kerbe hatte bereits die Haushaltsstrukturkommission geschlagen. Wenn der Minister von „sektoralen Schnitten“ redet, ist das eine höfliche Umschreibung dafür, dass durch den Wegfall der Studienplätze in Wirtschaftswissenschaften bzw. Medizin die Universitäten Flensburg und Lübeck in ihrem Bestand gefährdet werden.

Damit verabschiedet sich Schleswig-Holstein von dem Anspruch, ein starker Standort für Wissenschaft, Forschung und Lehre zu sein. Mit den Studienplätzen bietet Schwarz-Gelb Zukunft zum Verkauf an.